

per E-Mail

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umwelt- und Agrarausschuss
z.H. Frau Petra Tschanter
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

per Mail: ausschuss@landtag.ltsh.de

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 19/2829

Bonn, 29. August 2019

bvse: Stellungnahme zum Thema Export von Plastikmüll verbieten, Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 19/1440, Verschärfung der Baseler Konvention, Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Drucksache 19/1476

Sehr geehrte Damen und Herren,

weder Klima- noch Umweltprobleme sind dadurch zu lösen, dass der Einsatz von Kunststoffen diskreditiert wird. Es kann keinen Zweifel darüber geben, dass wir in einer modernen und nachhaltigen Welt überhaupt ohne Kunststoffe leben könnten und dieser Eindruck sollte auch nicht erweckt werden.

Wir sind der Auffassung, dass ein Export von unsortierten Kunststoffabfällen in Staaten ohne geeignete Aufbereitungsanlagen nicht akzeptabel ist.

Falsch wäre aber auch, wenn der Export von definierten Altkunststoff-Sorten generell verboten würde. Auch die Recycling-Industrie ist international vernetzt. Der internationale Austausch (Import und Export) von Sekundärrohstoffen ist für ein reibungsloses Funktionieren dieses Wirtschaftszweiges erforderlich.

Die beschlossene Verschärfung der Basler Konvention zur Entsorgung und den Export von Kunststoffabfällen wird gravierende Änderungen mit sich bringen. Wir empfehlen daher dringend, die Wirkung dieses Abkommens zu evaluieren.

Die bestehenden Recyclingkapazitäten in Deutschland werden aber nicht ausreichen, um dem mit der Novellierung des Basler Übereinkommens verbundenen weitgehenden Exportstopp aufzufangen. Es müssen also schnell die Rahmenbedingungen dafür geschaffen werden, dass neue Recyclingkapazitäten geschaffen werden.

Wir empfehlen daher ein Investitionsförderungsprogramm, um die Recyclingkapazitäten in Schleswig-Holstein zu erhöhen.

Wir weisen weiter darauf hin, dass das Recycling von Altkunststoffen eine deutlich bessere CO₂-Bilanz hat als der Einsatz von Primärkunststoffen oder gar die Müllverbrennung. Wir fordern deshalb, dass den Unternehmen, die Recyclate oder Recyclingprodukte einsetzen, die damit verbundene CO₂-Einsparung vergütet wird. Außerdem fordert der bvse Einsatzquoten von Sekundärmaterial im Herstellungsprozess von Produkten festzulegen, um so der Entwicklung der Kreislaufwirtschaft eine neue Dynamik zu verleihen.

Gleichzeitig stellen wir jedoch fest, dass Recyclingprodukte immer noch unter einer schlep-
penden Nachfrage zu leiden haben. Je mehr recycelt wird, desto mehr Vorprodukte aus Re-
cyclingkunststoff (Recyclate) bzw. Recyclingprodukte werden produziert. Sollen diese nicht
nur auf Halde produziert werden, muss daher ein Marktanreizsystem implementiert werden.

Wir empfehlen dem Land Schleswig-Holstein, seinen Behörden und Unternehmen und für die
Kommunen im Land, verpflichtende Maßnahmen zu ergreifen, damit Recycling-Produkte bei
öffentlichen Beschaffungsmaßnahmen verstärkt nachgefragt werden. Damit könnte ein ent-
scheidender Anstoß für mehr Nachfrage nach Recyclingprodukten gegeben werden.

Bei Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Eric Rehbock
- Hauptgeschäftsführer -

gez. Dr. Thomas Probst
- Referent -

Der bvse – Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung e.V. vertritt die Interessen von rund 920
Entsorgungs- und Recyclingunternehmen, die in etwa 50.000 Arbeitnehmer beschäftigen und einen
jährlichen Gesamtumsatz von € 10 Mrd. erwirtschaften. Im bvse sind alle Fachsparten der Recycling-
und Entsorgungswirtschaft vertreten.